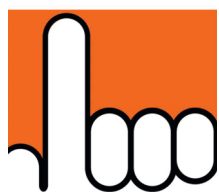


meint...



Heute
Gemeinde-
versammlung

Urnenabstimmung 12. März: NEIN zur Initiative für ein Gemeindeparlament

Es gibt keine guten Gründe, in Wohlen ein Parlament einzuführen, aber viele vortreffliche Argumente, an der Gemeindeversammlung festzuhalten.

Das Thema «Gemeindeparlament» taucht regelmässig etwa alle sieben Jahre wie ein Wiedergänger in der politischen Agenda auf. Und wiederholt hat sich die Bevölkerung für die Beibehaltung der Gemeindeversammlung ausgesprochen. Zu Recht. Denn die Frage, ob es angezeigt sei, die politische Struktur der Gemeinde zu ändern, darf nicht auf Grund von persönlichen oder emotionalen Vorlieben beantwortet werden, sondern danach, wie gut sich der etablierte Entscheidungsprozess bewährt hat.

Qualität der Gemeindeversammlung

An den insgesamt 30 Gemeindeversammlungen der letzten elf Jahre haben die Stimmbürger über 90 Vorlagen entschieden. Davon hat die Gemeindeversammlung deren 72 ohne Gegenstimme gutgeheissen, eine Vorlage abgelehnt (Neuausrichtung Reberhaus Uettligen) und den übrigen mit grossem Mehr deutlich zugestimmt. Das beweist, dass die Geschäfte vom Gemeinderat und den Departementskommissionen sorgfältig und im Sinne der Bevölkerung vorbereitet worden sind. Es ist zu bezweifeln, dass ein Parlament diesbezüglich eine höhere Qualität erreicht. Sicher ist hingegen, dass dies mit vermehrtem Aufwand und höheren Kosten geschieht. Und dass sich Parlamentier häufig genötigt fühlen, die Verwaltung mit Motionen und Anfragen zu beschäftigen, ist bekannt und trägt jedenfalls nicht zur Effizienz bei.

Partizipation und Legitimation

Ein häufiges Argument, das gegen die Gemeindeversammlung erhoben wird, ist die teilweise geringe Beteiligung, aus der eine mangelnde Repräsentation der Bevölkerung abgeleitet wird. Ein Blick auf die Gemeindeversammlungen in der Gemeinde Wohlen zeigt, dass bei Geschäften, die entweder umstritten sind (zB Ortspolizeireglement, Wohninitiative), oder viele Bürgerinnen und Bürger betreffen (zB Schule, Planungen) die Beteiligung mit zwischen 200 und 350 Personen erheblich war. An den übrigen Versammlungen nehmen im Schnitt 100 Personen teil. Dass ein Parlament mit vierzig Köpfen die Bevölkerung besser repräsentiert, ist füglich zu bestreiten.

Partikularinteressen

Beklagt wird, dass Interessengruppen durch eine starke Mobilisierung die Gemeindeversammlung quasi kapern und ihre Interessen durchsetzen können. Dies ist jedoch in den letzten zwanzig Jahren nie vorgekommen. Unschön war, dass zahlreiche Personen nach den Beschlüssen zu Schulmodell und der Einführung von Kitas den Saal verliessen. Am Ergebnis hat deren Mobilisierung nichts geändert, der Gemeinderat hatte der Versammlung in beiden Fällen beantragt, das Geschäft gutzuheissen. Und trotz eines massiven Auftritts ist es seinerzeit den Schützenvereinen nicht gelungen, die sehr gut besuchte Versammlung von der millionenteuren Sanierung von zwei Schützenhäusern zu überzeugen.

Rolle der Parteien

Für ein Parlament ins Feld geführt wird auch, dass die meisten Gemeindeversammlungen von Parteivoten beherrscht werden. Die Frage sei erlaubt, wie ein aus Parteivertretern zusammengesetztes Parlament diesbezüglich Abhilfe zu schaffen imstande ist. Im Gegenteil: ein Parlament ist viel stärker von Parteiinteressen geprägt als die Gemeindeversammlung.

Stimme des Politologen

Zu guter Letzt eine Erkenntnis aus berufenem Munde: In seiner Studie zur Frage «Gemeindeversammlung und Gemeindeparlament» (2016 IDEAP, Lausanne) kommt der bekannte Politologe Andreas Ladner zu einer ernüchternden Bilanz: «Hinsichtlich der Finanzen und der allgemeinen Leistungsfähigkeit lässt sich nicht zeigen, dass Parlamentsgemeinden besser abschneiden, eher das Gegenteil ist der Fall».

Fazit

Die FDP kommt wie der Gemeinderat eindeutig zum Schluss, dass Wohlen besser damit fährt, die Gemeindeversammlung beizubehalten, und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die Initiative abzulehnen.



Patrick Vogel
Präsident der
FDP Wohlen

In eigener Sache: Präsidentenwechsel bei der FDP Wohlen

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Wohlen

Hinter uns liegen anforderungsreiche Zeiten. Die Auswirkungen der COVID Pandemie auf unsere Gesellschaft zeichnen sich erst langsam ab. Die globalen politischen Verwerfungen sind besorgniserregend und tangieren unser tägliches Leben direkt. Gewissheiten, Sicherheit und Stabilität, ja unser Wohlstand unterliegen einem regelrechten Stresstest. In kürzlich erschienenen Zeitungsartikeln konnte man sogar nachlesen, dass die Demokratie per se in ernsthaften Schwierigkeiten steckt. Dagegen wollen wir ankämpfen und uns für eine funktionierende, liberale und freiheitliche Gesellschaft einsetzen.

Für unsere Gemeinde stehen im 2023 einige wegweisende, grosse Projekte an, über welche wir abstimmen dürfen, zB. die Sanierung der «Oberstufenschule Hinterkappelen». Für diese Projekte und eine Gemeinde mit gesunden Finanzen, attraktivem Wohn- und Lebensraum, nachhaltig sanierten Schulanlagen und einer intakten Landschaft wollen wir uns engagieren.

Das Präsidium der FDP Wohlen ist am 9. November 2022 von Claude Vuffray, unserem langjährigen Präsidenten an mich übergegangen. An dieser Stelle danke ich Claude für seinen bisherigen Einsatz und sein Engagement auch als Gemeinderat herzlich und freue mich über die weitere Zusammenarbeit innerhalb und ausserhalb der FDP.

Patrick Vogel
Präsident FDP Wohlen

Parolenspiegel

für die Urnenabstimmung vom 12. März



NEIN

zur Initiative der Grünen
«Gemeindeparlament – für eine
konstruktive und beständige Politik»

Abschaffung der Gemeindeversammlung Wohlen? Oder welche Art der Demokratie passt zu unserer Gemeinde?



Heinrich Summermatter
Leiter Gemeindeversammlung,
FDP Wohlen

Die GRÜNEN Wohlen wollen die Gemeindeversammlung abschaffen und durch ein Gemeindeparlament ersetzen. Sie sagen, die Gemeindeversammlung habe in der Bevölkerung an Wertschätzung verloren. Sie weisen dabei auf die bescheidene Teilnahme hin und meinen, die Entscheide der Versammlung repräsentierten die Meinung der Stimmberechtigten nicht.

Stimmen diese Behauptungen?

Ganz klar nicht. Im Zentrum für Demokratie in Aarau wurde zu diesem Thema geforscht und festgestellt, dass die zahlenmässige Teilnahme keinen Einfluss auf die Aussagekraft der Beschlüsse hat. Entscheidend ist, wie die Versammlung zusammengesetzt ist. «Solange möglichst alle die freie Entscheidung hätten, an die Versammlung zu kommen oder nicht

und keine relevante Gruppe systematisch ausgeschlossen sei und immer fernbleibe, sei auch ein kleiner Prozentsatz des Stimmvolks repräsentativ genug.» Dies ist in Wohlen klar der Fall!

Attraktivere Politik durch ein Parlament

Die GRÜNEN wollen die Gemeindepolitik mit einem Parlament attraktiver machen. Das Gegenteil wird der Fall sein. In einem Parlament wird sich die Parteipolitik in den Vordergrund drängen und das Direktdemokratische fällt weg. Dass sich an den Versammlungen partikuläre Interessen durchsetzen, habe ich nie erlebt. Aber sehr oft, dass Anträge die Versammlung überzeugten und gutgeheissen wurden, die nicht der Meinung des Gemeinderates entsprachen. Wichtig ist auch, dass Anwesende ihre Anliegen an den Gemeinderat vorbringen können. Mit dem Parlament würde dieses spontane demokratische Mitwirkungsrecht wegfallen.

Stimmberechtigte können mitwirken

Die Verfassung der Gemeinde Wohlen erlaubt es, Anträge zu stellen, die den Gemeinderat verpflichten an einer der nächsten Versammlungen ein Geschäft zu traktandieren, Beschlüsse einer Urnenabstimmung zu unterbreiten, oder auch gegen sämtli-

meinde die wichtigen und ergänzenden Mechanismen des demokratischen Systems vorhanden sind. So werden Wahlen und wichtige Entscheide, wie der Erlass und die Änderung der baurechtlichen Grundordnung, zB Zonenplanänderungen sowie grössere Ein- und Umzonungen, an der Urne vorgenommen. Eine effektive und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete Aufsichtsbehörde, welche den Gemeinderat sowie die Verwaltung überwacht, ist ebenfalls vorhanden.

Die Nachteile von allfälligen Willkürentscheiden oder der Durchsetzung von Partikularinteressen an den Gemeindeversammlungen sind nicht zu bestreiten. Diese werden aber durch die verschiedenen Möglichkeiten, wie beispielsweise das fakultative Referendum abgeschwächt, wonach mindestens 5% oder derzeit 340 Stimmberechtigte sämtliche Gemeindeversammlungsbeschlüsse an der Urne wieder umstossen können. Initiativen mit Gegenvorschlag und Petitionen sind ebenfalls probate Mittel, um von Verwaltung und Gemeinderat «vergessene» Bürgeranliegen zur Volksabstimmung zu bringen. Selbst die ausserordentliche Einberufung einer Gemeindeversammlung ist auf Begehren von 5% der Stimmberechtigten möglich.

Aus diesen Gründen sehen wir keine Notwendigkeit, das bewährte System der Gemeindeversammlung abzuschaffen und durch ein teures und «parteilastiges» System eines Gemeindeparlamentes zu ersetzen.

che Versammlungsbeschlüsse das Referendum zu ergreifen. Alles intelligente Vorkehrungen, damit die Versammlungsdemokratie voll zum Zuge kommt.

Gemeindeversammlung ist direkte Demokratie

Als junger Zuzüger in die Gemeinde Wohlen habe ich vor vielen Jahren die Versammlungsdemokratie in radikaler Form erlebt. Der Gemeinderat wollte das Gebiet Vorderdettigen einzonen und mit 600 Wohnungen dicht überbauen lassen. Wir Jungen fanden diese Idee nicht gut und wollten das schöne Landwirtschaftsland retten. An einer denkwürdigen und langen Versammlung an einem Samstag-nachmittag wurde das Projekt beerdigt. Das war direkte Demokratie, wie sie mit einem Gemeindeparlament so nicht mehr möglich wäre.

Deshalb: Die Initiative ist an der Abstimmung vom 12. März abzulehnen.

Sichere Verkehrswege

JA zu mehr Sicherheit und Lebensqualität für die Bevölkerung in Aarwangen und in Burgdorf – Oberburg – Hasle

17'000 Fahrzeuge und Lastwagen fahren täglich durch Aarwangen, teilweise wird der Strassenraum durch die Bahnlinie Solothurn-Langenthal mitgenutzt. In Burgdorf, Oberburg und Hasle sind es jeden Tag 20'000 Autos, die sich durch die Wohngebiete wälzen. Beide Verkehrssituationen beeinträchtigen die Sicherheit von Schulkindern, Velofahrenden und Fussgängern.

Mit den geplanten Verkehrssanierungen werden die problematischen Verkehrssituationen in Aarwangen sowie in Burgdorf, Oberburg und Hasle behoben. Sie erhöhen die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.



Parolenspiegel

für die kantonale Abstimmung vom 12. März



JA

zum Baukredit für die Verkehrssanierung Aarwangen



JA

zum Baukredit für die Verkehrssanierung Burgdorf-Oberburg-Hasle



JA

zur Änderung der Kantonsverfassung «Stellung und Kompetenzen Justizbehörden»



JA

zur Änderung der Kantonsverfassung «Unvereinbarkeitsregeln Mitglieder Grosser Rat»



Wolfgang Schärer
Präsident SVP Wohlen
und Präsident der GEPK

Weltweit einzigartige Legislativform auf Gemeindeebene in der Schweiz

In der Schweiz ist die Gemeindeversammlung die am häufigsten verbreitete Legislativform. Etwa 80% der Gemeinden in der Schweiz halten diese Form der politischen Einbringung des Souveräns an sinnvollsten. Gemeindeversammlungen mit solch weitreichenden Beschlusskompetenzen gibt es nur in der Schweiz. Kein anderer Staat auf der Welt traut ihren Bürgerinnen und Bürgern auf Gemeindeebene so viel direktdemokratische Eigenverantwortung und Sachverstand zu.

Es ist zwar richtig, dass eine stetig sinkende Beteiligung an den Versammlungen zu verzeichnen ist, dies liegt aber eher an der wahrscheinlich wohlstandsbedingten allgemeinen Politikabstinenz der Schweizerinnen und Schweizer, als am traditionellen, teilweise vielleicht auch etwas folkloreartig anmutenden System der Gemeindeversammlung. Das Festhalten am bisherigen Gemeindeversammlungssystem ist gerechtfertigt, da in unserer Ge-